

**SPD**

# **Wahlprogramm Landtagswahl 1980**

Für ein bißchen mehr  
Menschlichkeit.

**Baden-  
Württemberg**



81-1643

-1643

C81-1643



RECHT AUF ARBEIT UND  
Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger

Uns alle plagt in diesen Wochen die Sorge, aus dem Mittleren Osten könnte Feuer nach Europa überspringen. Deshalb müssen wir alles tun, damit die Brandherde eingedämmt und schliesslich gelöscht werden können. Auf keinen Fall dürfen wir uns in militärische Auseinandersetzungen ausserhalb Europas hineinziehen lassen.

Daher ist es gut, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammen mit anderen Staatsmännern ruhig, besonnen und mit grossem Nachdruck alles tut, um die Konflikte zu entschärfen und jede Aggression zu entmutigen.

In einer solchen Zeit verstehen Sie es wohl noch weniger als sonst, wenn Politiker im Wahlkampf vollmundig auftreten. Vielleicht wird Ihnen unser Wahlspruch

### FÜR EIN BISSCHEN MEHR MENSCHLICHKEIT

eigentümlich bescheiden vorkommen, etwa im Vergleich zu dem triumphierenden "Unser Land ist Spitze", das die andere grosse Partei verkündet.

Sicher, die Bundesrepublik Deutschland hat heute unter den grossen Industrieländern den blühendsten Aussenhandel, die grössten Devisenreserven, die stärkste Währung, die höchsten Realeinkommen und die beste soziale Sicherung. Das haben wir alle miteinander erreicht in zehn Jahren unter sozialdemokratischer Führung.

Trotzdem spüren die meisten: Wohlstand ist gut, aber menschliches Miteinander macht er nicht einfacher. Technischer Fortschritt macht das Leben bequemer, aber auch kälter, leerer. Immer mehr Autobahnen, Kraftwerke, Butterberge, Müllhalden, Kabelfernsehprogramme bedeutet noch nicht, dass alles besser wird.

Wir werden keine Wunder wirken. Aber wir werden jeden Tag darum ringen, dass unser Leben ein bisschen menschlicher wird: am Arbeitsplatz, in der Schule, im Verkehr, im Krankenhaus, hinter und vor den Schaltern der Ämter.

Wie wir das machen, sagt das folgende Programm, das wir nach eingehender Diskussion mit vielen Bürgern beschlossen haben.

Wir würden uns freuen, wenn Sie Zeit fänden, darin zu lesen.

Mit freundlichen Grüssen

Ihre

SPD Baden-Württemberg

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger

Uns alle plagt in diesen Wochen die Sorge, aus dem Mittleren Osten könnte Feuer nach Europa überströmen. Deshalb müssen wir alles tun, damit die Brandherde erlosche und schließlich gelöscht werden können. Auf keinen Fall dürfen wir uns in militärische Auseinandersetzungen aussenhalb Europas hineinziehen lassen.

Dabei ist es gut, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammen mit anderen Staatsmännern ruft, besonders nach dem großen Rückschlag, um die Konflikte zu entschärfen und jede Aggression zu verhindern.

In einer solchen Zeit entstehen Sie es wohl doch weniger als sonst, wenn Politiker im Wahlkampf vorfinden, aufzutreten. Vielleicht wird ihnen unser Wahlkampf

### FÜR EIN BISSCHEN MEHR MENSCHLICHKEIT

eigenentlich beschiden vorzukommen, etwa im Vergleich zu den fremden "Unser Land ist Spitze", das die andere große Partei verkörpert.

Sicher, die Bundesrepublik Deutschland hat heute unter den großen Industrieländern den dritthöchsten Anteil an Arbeitslosen, die größten Devisenreserven, die stärkste Währungsposition, die höchsten Realeinkommen und die beste soziale Situation. Das haben wir alle miteinander erreicht in zehn Jahren unter sozialdemokratischer Führung.

Trotzdem stehen die meisten Menschen vor dem Problem, dass es nicht einfacher, Technologiefortschritt macht das Leben besser, aber auch härter, leerer, immer mehr zu arbeiten, Kraftwerke, Butenberge, Müllberge, Kabinen, schroffe Sprache bedeutet nicht, dass alles besser wird.

Wir werden keine Kräfte wirken, aber wir werden jeden Tag darum ringen, dass unser Leben ein bisschen menschlicher wird. Ein Arbeitsplatz, ein Arbeitsplatz, im Verkehr, im Kaufhaus, hinter und vor der Schalter der Bank.

Wie wir das machen, sagt das folgende Programm, das wir nach einer weiteren Diskussion mit vielen Bürgern beschlossen haben.

Wir würden uns freuen, wenn Sie Zeit finden, darin zu lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

SPD Baden-Württemberg



180-1643

## RECHT AUF ARBEIT UND SELBSTVERWIRKLICHUNG IN DER ARBEIT

In mehreren Konferenzen in Böckingen hat die SPD in Baden-Württemberg die Bedingungen einer sozialen Arbeitsmarktpolitik formuliert. Daran knüpfen wir an. Das konjunkturelle Auf und Ab der Wirtschaft, der zunehmende Wettbewerb und die fortwährenden strukturellen Verschiebungen schaffen Risiken, von denen vor allem weniger qualifizierte Arbeitskräfte, Frauen und ältere Menschen hart getroffen werden.

o Die nährückenden starken Schulentlassjahrgänge Anfang der 80er Jahre erfordern zusätzliche Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Sie müssen vor allem da geschaffen werden, wo sinnvolles Wachstum möglich und wünschenswert ist.

Wirtschaftliches Wachstum, das unsere Lebensbedingungen verbessert, ist beispielsweise notwendig und möglich in den Bereichen

a) - Innenstadt- und Dorferneuerung

- Lärmschutzmassnahmen in Wohngebieten
- Altbausanierung
- Sozialer Wohnungsbau
- Verkehrssicherheit

b) Den gleichen Zweck erfüllen Investitionen zur Energieeinsparung:

- Nutzung der Sonnenenergie
- Wärmedämmung
- Ausbau von Fernwärmenetzen
- Einsatz neuer Techniken
- Wärmepumpen und Blockheizkraftwerke.

c) Massnahmen zur Erhaltung des Naturhaushaltes:

- Wiedergewinnung von Rohstoffen, insbesondere der Luftreinhaltung, Abwasserreinigung sowie Recycling-Projekte.

o Solche Aktivitäten kommen überwiegend kleinen und mittleren Betrieben zugute, wie sie in Baden-Württemberg vorherrschen. Arbeitsplätze in solchen Betrieben werden auch gesichert, wenn neben der Vielfalt von finanziellen Gewerbeförderungen die öffentliche Hand bei der Auftragsvergabe mittlere und kleinere Unternehmen vorrangig berücksichtigt.

o Immer mehr Menschen sind in Dienstleistungsbetrieben tätig. Hohe Masseneinkommen und ein hohes Bildungsniveau sind Voraussetzungen für einen wachsenden Dienstleistungsanteil in der privaten Wirtschaft. Im öffentlichen Bereich hängt das Wohlergehen der Bevölkerung zunehmend weniger von den Investitionen und mehr von den öffentlichen Dienstleistungen ab.

o Fortschreitende Rationalisierung bei verschärftem Arbeitstempo, vorangetrieben durch die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt, haben zu immer höheren Arbeitsanforderungen, zur Entfremdung der Arbeit und häufig zu einem Widerstreit von Arbeit und Familie geführt. Diese Rahmenbedingungen, die zunehmend zu einer Auslesearbeitslosigkeit führen, müssen korrigiert werden durch:

- a) - Mehr Mitbestimmung und Mitverantwortung am Arbeitsplatz
    - Ausbau der Tarifautonomie
    - Verbot der Aussperrung
    - Kürzere Arbeitszeit und verbesserte Arbeitszeitgestaltung (Erholungspausen, Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten, Bildungsurlaub, flexible Altersgrenze)
    - Fortentwicklung des Arbeits- und Dienstrechts
    - Umweltschutz auch am Arbeitsplatz
    - Ausbau der Arbeitsmedizin.
  
  - b) - Überprüfung der Unabdingbarkeit von Schicht- und Nachtarbeit
    - Ganztageschulen
    - Hausaufgabenbetreuung
    - Angepasste Kindergartenzeiten
    - Schulfreies Wochenende
    - Gleiche Chancen zur Selbstverwirklichung für Mann und Frau
    - Schaffen neuer Teilzeitarbeitsplätze
    - Partnerschaftliche Altersversorgung
    - Eingliederung von Behinderten in das Arbeitsleben.
- o Staatliche und private Forschung müssen die Produktionsverfahren so gestalten helfen, dass sie den Anforderungen einer humanen Arbeitswelt gerecht werden und die natürlichen Lebensgrundlagen sichern.
- o Erhebungsgrundlage unseres Sozialversicherungssystems ist der einzelne Arbeitnehmer. Damit werden lohnintensive, meist kleinere und mittlere Betriebe, vor allem Handwerksbetriebe, mit Sozialverpflichtungen stärker belastet als Grossbetriebe, die sich durch Automatisierung des Produktionsprozesses der Sozialverpflichtung zum Teil entziehen können.
- Längerfristig ist deshalb eine Umstellung der Bemessungsgrundlagen von den Personalaufwendungen hin zur Wertschöpfung der Unternehmen erforderlich. Damit werden Computer und kapitalintensive Anlagen mit zur Finanzierung der Sozialleistungen herangezogen.

### VORBEUGEN IST BESSER ALS KURIEREN

Sozialdemokraten wollen den Sozialstaat nicht begrenzen, sondern weiterentwickeln. Es geht jetzt darum, die Grenze des Sozialstaates nach vorn zu verschieben, hin zu den Ursachen der Schäden, mit denen Sozialpolitik es zu tun hat: den Ursachen von Frühinvalidität, Unfall, Krankheit, psychischen Störungen, Drogensucht.

Es ist gut und notwendig, zu kurieren. Es ist besser, menschlicher und billiger, vorzubeugen.

Dies bedeutet:

### In der Gesundheitspolitik

#### o Gesundheitspolitik am Arbeitsplatz

- Gesundheitsgerechte Arbeitsbedingungen

- Abbau der Nacht- und Schichtarbeit
- Durchsetzen der Bestimmungen über den Arbeitsschutz
- o Gesundheitserziehung, Gesundheitsaufklärung, Gesundheitsförderung
  - Verstärkten und koordinierten Einsatz öffentlicher Mittel
  - Verstärkter Einsatz der Medien
  - Verbot gesundheitsschädlicher Werbung
- o Ambulante ärztliche Versorgung
  - Bedarfsplanung für die ambulante ärztliche Versorgung
  - Gleichwertige Versorgung mit Allgemeinmedizinern und Fachärzten im ganzen Land
- o Krankenhaus
  - Mehr menschliche Zuwendung, auch wenn sie mehr Personal verlangt, insbesondere im Pflegebereich
  - Verstärkte Zusammenarbeit der einzelnen Berufsgruppen im Krankenhaus (Abbau von Hierarchien) und mit den gesundheitlichen Einrichtungen ausserhalb des Krankenhauses
  - Soziale Hilfe und Rehabilitation im Krankenhaus
- o Krankenhausbedarfsplanung
  - Vorlage einer verbindlichen, differenzierten und regional gegliederten Krankenhausbedarfsplanung für Baden-Württemberg unter Mitwirkung der Kostenträger
- o Gemeindenahe Psychiatrie
  - Integration der Psychiatrie in die allgemeine Medizin
  - Fachabteilungen an Allgemeinkrankenhäusern
  - Gemeindenahe, ergänzende sozialpsychiatrische Dienste
- o Sozialstationen
  - Weiterentwicklung der Sozialstationen, Einbeziehung weiterer gesundheitlicher Aufgaben und Beratungseinrichtungen, stärkere Verzahnung mit der ambulanten ärztlichen Versorgung

### Hilfen für unsere Familien

Sozialdemokraten wollen den Familien helfen, ohne sie zu bevormunden. Sie wollen helfen, dass Zuwendung zu Kindern nicht mit materiellen Nachteilen bezahlt werden muss.

Sie wollen daher:

#### o Sicherung der finanziellen Grundlage der Familie

- Kein Elternbeitrag beim Kindergartenbesuch
- Kostenlose Schülerbeförderung
- Durchsetzung der Lernmittelfreiheit

o Wohnungsbau

- Angebot von preiswerten, familiengerechten Wohnungen
- Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus
- Förderung neuer Wohnformen
- Kindergerechter Städte- und Wohnungsbau

o Hilfen und Beratung

- Ortsnaher und übersichtlicher Ausbau der Beratungsangebote (Erziehungsberatung, Ehe- und Familienberatung, Sexual- und Schwangerschaftskonfliktberatung, Einrichtung von Häusern für misshandelte Frauen und ihre Kinder)
- Schaffung eines dichten Netzes von Einrichtungen zur Aufklärung vor den Gefahren des Drogenmissbrauchs, zur Beratung von Betroffenen und zur Behandlung von Drogensüchtigen
- Verbesserung der Erziehungsfähigkeit durch Familienberater in Schule und durch Familienbildung
- Koordination von Bildungs- und Familienpolitik
- Angebot an Ganztageschulen

Vorbeugende Sozialpolitik

o Jugend

- Offener und partnerschaftlicher Dialog mit der Jugend
- Gleichrangige Förderung der offenen Jugendarbeit und der Verbands- und Vereinsjugendarbeit
- Keine Gängelung der Jugendarbeit

o Ältere Menschen

- Hilfen, damit sie in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können
- Einbeziehung der Lebenserfahrung älterer Menschen in gesellschaftliche und politische Aufgaben
- Finanzielle Sicherheit im Alter, eigenständige Sicherung für Heimaufenthalt und Pflege durch Einführung einer Pflegeversicherung

o Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien

- Stärkere rechtliche Absicherung für Aufenthalt und Berufstätigkeit
- Verbesserung der Mitwirkungsrechte
- Hilfen zur Eingliederung der Ausländerkinder in Kindergarten und Schule

o Sport als Partner

- Unterstützung von Übungs- und Organisationsleitern bei Verbänden und Vereinen
- Bessere Finanzierung und Ausbau des Breiten- und Freizeitsports

o Partnerschaft und Mitwirkung

- Festigung und Ausbau der Partnerschaft zwischen den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und dem Staat
- Förderung der bürgerschaftlichen Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich
- Ausbau der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, Stärkere Verzahnung mit der Arbeitswelt, insbesondere beim werksärztlichen Dienst.



## BILDUNG ZUR FREIHEIT - MEHR FREIRAUM FÜR EINE MENSCHLICHE SCHULE

- o Urteilsfähige, gemeinschaftsfähige, kulturfähige Menschen sind das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. In Baden-Württemberg sind aber weder Schule, noch Berufsbildung, noch die völlig unzureichend ausgebaute Erwachsenenbildung so angelegt, dass sie den Menschen lebenslanges Lernen zur Entfaltung ihrer Urteilsfähigkeit ermöglichen.
- o Wer als Ziel der Bildung allein deren Verwertbarkeit auf dem heutigen Arbeitsmarkt im Auge hat, verengt den Menschen auf die Funktion, Produktionsmittel der Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft zu sein und verhindert zugleich eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Weiterentwicklung unserer Arbeitswelt.
- o Eine Schule, die Bürger zukunfts offen bilden will, braucht Freiraum. War es in der Vergangenheit wichtig, Chancengleichheit durch mehr Einheitlichkeit im Schulwesen zu sichern, so muss es jetzt unser Ziel sein, der Schule vor Ort eigenen Spielraum zu geben.
- o Erziehung geschieht nicht durch Thesen oder Erlasse, sondern im lebendigen Gespräch zwischen Lehrern, Eltern und Schülern.
- o Dieses lebendige Gespräch ist nur mit aktiv beteiligten Eltern möglich, sowohl in der Diskussion der Erziehungsziele als auch in der organisatorischen Gestaltung der Schule. Die Mitbestimmungsrechte von Eltern und Schülern sind durch eine Änderung des Schulgesetzes zu erweitern. Dazu gehört die Wahl des Schulleiters durch die Beteiligten und die Einrichtung einer Landesschülervertretung.
- o Dieses Gespräch sowie Erfahrungen aus der Arbeitswelt sollten Stil und Haltung des Lehrers prägen. Die Lehrerbildung muss ihn darauf vorbereiten.
- o Der kostenlose und sichere Schulweg, die Erhaltung bestehender Schulen, kleine Klassen mit höchstens 25 Schülern, die Einführung der integrierten Orientierungsstufe und ein zunehmendes Angebot von Ganztageschulen sind wesentliche organisatorische Voraussetzungen für eine humane Schule. Die Leistungsmessung muss sich dabei - vor allem im Grundschulbereich und in der Orientierungsstufe - an den persönlichen Lernfortschritten des Schülers orientieren.
- o Die integrierte Gesamtschule muss in einem fairen Wettbewerb mit dem bestehenden Schulsystem ihre Leistungen unter Beweis stellen können. Wo Lehrer, Eltern und Schulträger dies wünschen, sind Gesamtschulen zu errichten.
- o In der beruflichen Bildung muss der unerträgliche Stundenausfall rasch abgebaut werden. Das Berufsgrundbildungsjahr ist zu verwirklichen. Modelle, die allgemeine und berufliche Bildung verbinden, sind zu fördern.
- o Der Numerus Clausus ist abzubauen, und die Hochschulen sind zu öffnen. Bürokratische Bedarfslenkung widerspricht einem freien Bildungssystem. Es kann aber auch keine Beschäftigungsgarantie als Sonderrecht für Akademiker geben.

- o Die Gängelung der Hochschulen durch die Hochschulgesetze des Landes hat zu einer beunruhigenden Resignation, vor allem der Studenten, geführt. Geduldige Gespräche zum Abbau des Misstrauens sind erforderlich. Die Asten müssen wieder eingeführt werden. Alle Sanktionen im Zusammenhang mit Regelstudienzeiten sind aufzuheben. Die Hochschulautonomie ist zu stärken. Die Hochschulgesetze müssen umgehend entsprechend novelliert werden.
- o Die Erwachsenenbildung wird zur zentralen bildungspolitischen Frage der 80er Jahre. Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und Meisterung des raschen Wandels der Arbeitswelt schafft einen kaum zu befriedigenden Bedarf. Ein breites Angebot auch im ländlichen Raum setzt als ersten Schritt mindestens die Verdoppelung der öffentlichen Aufwendungen voraus.

### BÜRGERFREIHEIT GEGEN OBRIGKEITSSTAAT

Hinter der Fassade liberaler Reden zeigen sich in Baden-Württemberg Tendenzen, die zum Obrigkeitsstaat zurückführen. Zehntausende junger Menschen werden karteimässig erfasst und überprüft. Der Verfassungsschutz fordert Listen bei den Universitäten an. Streikende und Demonstrierende werden fotografiert. Ein Bürgermeister kann ungerügt verkünden, es sei seine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ein CDU-Mann Rektor werde. Die Ankündigung eines Erlasses über die Kontrolle von Unterrichtsmaterialien soll die Lehrer einschüchtern. Ein verfassungswidriges Kommunalwahlrecht wurde erst nach einem vernichtenden Spruch des Staatsgerichtshofes korrigiert. Die Verwaltung wird dadurch verwirrt, dass der Ministerpräsident dem Bürger die Illusion vermittelt, er könne selbst überall entscheiden. Ein dümmlicher Beamtenknigge, unnötige Staatssekretäre, undifferenzierte Beamtschelte führen zu Unruhe und Unsicherheit in der Verwaltung.

#### o Verfassungsschutz

Ein freiheitliches Klima verträgt es nicht, dass die politisch Verantwortlichen Schnüffelaktionen decken oder gar anordnen. Sozialdemokraten fordern die gesetzliche Verankerung wirksamer parlamentarischer Kontrollen für den Verfassungsschutz.

#### o Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst

Sozialdemokraten wollen, dass auch in Baden-Württemberg solange auf die Verfassungstreue des Bürgers gesetzt wird, bis sein Verhalten das Gegenteil erweist. Die Mitgliedschaft in der DKP ist Zeichen einer von uns abgelehnten Gesinnung - aber noch keine Tätigkeit gegen die Verfassung.

#### o Polizei

Sozialdemokraten wollen die Polizei als offenen Ansprechpartner des Bürgers, der Sicherheit, Hilfe und Schutz vor Straftaten sucht. Ausbildung, soziale Absicherung, Stellenplan und Organisation im Polizeibereich reichen dafür noch nicht aus.

o Partei und Staat

Sozialdemokraten wissen, dass Demokratie und Bürgerfreiheit Mitarbeit der Bürger in Organisationen und politischen Parteien, vor allem aber Trennung von Parteiinteressen und Gemeinwohl brauchen. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, die Interessen einer Partei mit denen des Staates zu vermengen.

o Bürgernähe der Entscheidung - Entscheidungsnähe der Bürger

Bürgernähe bedeutet für uns nicht, dass hohe Herren den Bürgern mit vorgefassten Meinungen auf den Leib rücken und schliesslich dann doch tun, was ihren technokratischen Vorurteilen entspricht.

Bürgernähe bedeutet für uns, den Bürger rechtzeitig in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihr Engagement in Selbstverwaltung, Vereinen und Bürgerinitiativen zu fördern. Bürgernähe verlangt: verständliche Sprache, lesbare Formulare, durchschaubare Verfahren, klar abgegrenzte Zuständigkeiten. Vorschriften, die den Bürger unnötig gängeln, sind zu beseitigen.

o Datenschutz

Freiheit verlangt Mut der politisch Verantwortlichen zum Schutz des Bürgers vor neuen Formen der Bedrohung, die den totalen Zugriff auf den Menschen möglich machen. Sozialdemokraten verlangen den umfassenden Schutz persönlicher Daten des Bürgers in allen Lebensbereichen. Dazu gehört eine wirksame Kontrolle durch einen unabhängigen Datenschutzbeauftragten.

o Kabelfernsehen

Sozialdemokraten halten nichts von einer Unzahl weiterer Funk- und Fernsehprogramme, die doch nur das Gespräch zwischen den Menschen, in den Familien, kaputtmachen. Sie lehnen vor allem privates Kommerzfernsehen ab, weil es den Bürger manipuliert, sich jeder Kontrolle entzieht und die Meinungsfreiheit auf nur wenige Medienkonzerne beschränkt.

VERNUNFT STATT BETON - FÜR EINE NEUE VERKEHRSPOLITIK

o Siedlungsentwicklung und Verkehr

Unkontrollierte Siedlungsentwicklung und verfehlte Verkehrspolitik haben in Baden-Württemberg zu einem unverantwortlich hohen Flächenverbrauch geführt. Die immer grösser werdenden Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz erzwingen Mobilität und damit Verkehrsinvestitionen, d. h. verstärkten Strassenbau.

In Zukunft müssen Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung aufeinander abgestimmt werden. Deshalb ist die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in strukturschwachen Räumen von entscheidender Bedeutung.

In den Städten ist die Verkehrsbelastung zur Hauptursache der Stadtflucht geworden. Dem sinkenden Wohnwert der Stadtkerne entspricht die Zersiedelung des Umlandes, die wiederum neuen Verkehr erzeugt. Daher muss gleichzeitig eine Verbesserung der Lebensqualität in den Innenstädten und eine gewisse Konzentration der Siedlungspolitik erfolgen.

o Gesamtverkehrskonzept

Gegenwärtig geniessen Individualverkehr und der Strassengüterverkehr absolute Priorität. Angesichts der zunehmenden Betonierung unserer Landschaft, der hohen Unfallzahlen und der Energieknappheit ist eine grundlegende Neuorientierung der Verkehrspolitik erforderlich.

Zur Schaffung eines ausgewogenen und krisensicheren Verkehrssystems ist es notwendig, ein integriertes Gesamtverkehrskonzept zu erstellen. Dabei müssen die spezifischen Vorzüge der einzelnen Verkehrsträger besser genutzt werden als seither, insbesondere muss eine sinnvollere Funktionsteilung zwischen Schiene und Strasse erfolgen. Ein beträchtlicher Teil der Investitionsmittel muss zugunsten neuer Schwerpunkte umgeschichtet werden.

o Neue Schwerpunkte

Das künftige Verkehrssystem muss folgenden Zielen gerecht werden:

- Erhöhung der Sicherheit
- Einschränkung des Energieverbrauchs
- Entlastung des Strassennetzes
- Verminderung des Landschaftsverbrauchs und der Umweltbelastung in den Städten und Ortschaften
- Sichere Versorgung aller Regionen auch in Krisenzeiten
- Abbau des Defizits der Bundesbahn.

Zur Erreichung dieser Ziele müssen anstelle des bisherigen forcierten Strassenbaus neue Schwerpunkte gesetzt werden:

- Modernisierung und Ausbau des Schienenverkehrs
- Verlagerung des Schwerlastverkehrs von der Strasse auf die Schiene bei grossen Entfernungen
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

o Neues Bewertungssystem

Alle vorliegenden Planungen müssen im Hinblick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft werden. In einem neu zuschaffenden Bewertungssystem müssen Umweltkriterien gleichrangig neben wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Kriterien stehen. So darf z. B. das Kriterium "Landschaftsverbrauch" nicht allein mit der Höhe der Grundstückskosten in die Kosten-Nutzen-Rechnung eingebracht werden.

o Raumordnung und Bürgerbeteiligung

Neue Verkehrswege dürfen nur unter sorgfältiger Beachtung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung ausgewiesen werden. Die Bürger sind schon vor der Festlegung einer neuen Trasse zu beteiligen. Sie müssen die Möglichkeit haben, auch zu eventuellen Alternativen Stellung zu nehmen. Bürgerbeteiligung muss mehr sein als blosser Information.

o Ausbau des Schienenverkehrs

Die Leistungsfähigkeit der Bundesbahn ist durch den Ausbau des Streckennetzes, die Verbesserung der Betriebsstruktur und den Einsatz moderner Techniken zu steigern.

Auf die Stilllegung von Strecken, die ganze Regionen von der Schienenanbindung abschneiden würden, ist zu verzichten. Der Container- und Huckepack-Verkehr muss systematisch ausgebaut werden. Massengüter gehören grundsätzlich auf die Schiene, vor allem auch im grenzüberschreitenden Güterverkehr. Dies gilt besonders für den Transport gefährlicher Stoffe.

Im Personenreiseverkehr sind die Verkürzung der Reisezeiten, Modernisierung des Wagenmaterials, Verbesserung des Service und eine attraktive Preisgestaltung, insbesondere für Familien, vordringlich.

#### o Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr muss in Ballungsräumen und ländlichen Räumen gleichermaßen ausgebaut werden. Die wichtigsten Massnahmen hierfür sind:

- Anbindung aller bestehenden und neu zu bauenden Siedlungen an öffentliche Verkehrsmittel
- Bildung von Verkehrsverbänden
- Einbeziehung des Schüler- und Berufspendlerverkehrs; Schnellverbindungen zum Arbeitsplatz
- Sicherstellung einer Mindestbedienung, auch an Sonn- und Feiertagen
- Grundsätzliche Vorfahrt für öffentliche Verkehrsmittel: Ausweisung eigener Busspuren, grüne Welle für Bus und Strassenbahn, usw.

#### o Verkehrsberuhigung in Städten und Ortschaften

Durch Verkehrslenkung, Verkehrsbündelung und - wenn nötig - Bau von Ortsumgehungen muss der Durchgangsverkehr aus den Ortskernen herausgenommen werden.

In Wohngebieten ist der Individualverkehr drastisch einzuschränken: durch Schaffung von Wohn- und Spielstrassen, Herabsetzung der Geschwindigkeit, Fahrverbote für Motorräder und LKW's während der Nachtzeit, Gleichberechtigung von Fussgängern, Radfahrern und Kraftfahrzeugverkehr, Schaffung von Einbahnstrassen, usw.

#### o Künftiger Strassenbau

Das Strassennetz muss funktionsgerecht sein, darf jedoch nicht auf Spitzenbelastungen ausgelegt werden (z. B. im Urlaubsverkehr). Ausbau geht vor Neubau; Lärmschutz und die Beseitigung von Unfallschwerpunkten haben Vorrang vor neuen Strassenkilometern. Vierspurige Neuplanungen sind grundsätzlich daraufhin zu prüfen, ob nicht ein zweispuriger Ausbau ausreichend ist.

Bei unumgänglichen Neuplanungen muss die natürliche Landschaft geschont und die Trassenführung soweit wie möglich an die topographischen Gegebenheiten angepasst werden. Umweltfreundliche Lösungen, z. B. Untertunnelungen, sind auch dann vorzuziehen, wenn sie teurer sind und der Bau und die Finanzierung mehr Zeit beanspruchen. Durch Verkehrsbündelung, d. h. Zusammenlegung verschieden klassifizierter Strassen, kann auch bei Neubauten eine weitere Zerstückelung der freien Landschaft vermieden werden.

#### o Strassennetz in Baden-Württemberg

Drei Nord-Süd-Achsen (A 5 Weinheim-Heidelberg-Karlsruhe-Basel, A 81 Heilbronn-Stuttgart-Singen, A 7/A 96 Würzburg-Ulm-Memmingen-Lindau) und drei Ost-West-Achsen (A 6 Crailsheim-Heilbronn-Sinsheim, A 8 Karlsruhe-Stuttgart-Ulm, A 98 Lörrach-Waldshut-Singen) bilden ein ausreichendes Autobahn-Grundnetz für Baden-Württemberg. Wo die Verkehrsdichte es erfordert, sollen vorhandene Autobahnen sechsspurig ausgebaut werden (z. B. A 8).



Landschaftsräume, wie der Schwarzwald, der Odenwald, die Schwäbische Alb oder das Bodenseegebiet, sind wegen ihrer topographischen, ökologischen und kulturellen Eigenart von weiteren einschneidenden Autobahntrassen freizuhalten. Auf den autobahnähnlichen Ausbau oder Neubau einer Reihe von Bundesfernstrassen soll aus den obengenannten Gründen verzichtet werden. Entscheidungen über Ersatzlösungen müssen im Einzelfall an Ort und Stelle sorgfältig überprüft werden.

#### HAUSHALTEN MIT ENERGIE - KEINE KAPITULATION VOR ANGEBLICHEN SACHZWÄNGEN

Sozialdemokratische Energiepolitik kann nicht isoliert gesehen werden. Sie entscheidet massgeblich darüber, mit welchen Mitteln wir die Hauptziele unserer Politik, Vollbeschäftigung, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Sicherheit und freiheitliche Demokratie, erreichen und sichern können.

- o Energiepolitik kann deshalb keine Anpassung an angebliche Sachzwänge sein, sondern muss über den gesellschaftlich verantwortbaren Umgang mit der Technik entscheiden. Letztlich handelt es sich um die Frage: Wie wollen wir in Zukunft leben?
- o Sozialdemokratische Energiepolitik zielt auf humanes Wachstum. Sie sichert die Energieversorgung, schont die Umwelt, spart Rohstoffe und Energie, dient dem Menschen.
- o Vorrangiges Ziel ist die stufenweise Verringerung der Energieverbrauchszuwachsrates bei Sicherstellung der Energieversorgung. Für die aktuelle Energiepolitik heisst das: Haushalten mit Energie durch bessere Nutzung und rationellere Energieverwendung ist kurz- und mittelfristig unsere wichtigste Energiequelle.
- o In Baden-Württemberg muss vor allem die überdurchschnittliche Abhängigkeit von Öl durch ein Bündel gezielter Einsparmassnahmen verringert werden. Dazu gehören:
  - Bessere Wärmedämmung an allen, auch öffentlichen Gebäuden
  - Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung
  - Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs
  - Verlagerung des Güterfernverkehrs von der Strasse auf die Schiene
  - Einführung einer Entfernungspauschale
  - Umlegung der KFZ-Steuer auf die Mineralölsteuer
  - Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung
- o Um dem Verbraucher eine bessere Nutzung von Energie zu erleichtern, ist eine Energieverbrauchsordnung notwendig. Sie enthält zur Senkung des Stromverbrauchs u. a. eine Typenzulassung für Haushaltsgeräte sowie Auflagen für optimale Energiesysteme auch in öffentlichen Gebäuden und Anlagen.
- o Haushalten mit Energie kann nicht allein über den Markt erreicht werden. Zur Verhinderung sozialer Härten müssen auch künftig gezielte finanzielle Anreize zur rationalen Energienutzung gegeben werden, damit die Bürger vorhandene Einsparmöglichkeiten beschleunigt nutzen können.



- o Eine sichere und sozialverträgliche Energieversorgung setzt die Kontrolle und den Abbau des wirtschaftlichen Machtmissbrauchs der multinationalen Ölgesellschaften voraus, z. B. durch
  - verbesserte Kartell- und steuerrechtliche Vorschriften auf nationaler und internationaler Ebene,
  - direkte Lieferverträge mit den Ölförderländern,
  - Aufbau eines nationalen Energiekonzerns.
- o Zur Sicherung der Stromerzeugung ist auch in Baden-Württemberg die verstärkte Nutzung heimischer Energieträger, vor allem von Kohle, erforderlich; deshalb müssen neue umweltfreundlichere Kohlekraftwerke errichtet werden. Bei allen Kraftwerken ist die Abwärme durch Kraft-Wärme-Koppelung von vorneherein sicherzustellen. Darüberhinaus ist die Nutzung der Sonnenenergie stärker zu fördern, insbesondere zur Raumheizung, zur Warmwasserbereitung, zur Beheizung öffentlicher und privater Schwimmbäder.
- o Der beschleunigte Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung muss durch die kommunale Bauleit- und die Regionalplanung unterstützt werden. Dabei müssen künftig regionale Fernwärmenetze planerisch ausgewiesen und jeder Bebauungsplan durch einen Wärmeplan zur optimalen Wärme- und Stromerzeugung ergänzt werden.
- o Der Zeitpunkt für eine definitive Entscheidung über eine Energieversorgung mit oder ohne Kernenergie ist noch nicht gegeben. Die SPD Baden-Württemberg hält an der Möglichkeit der Kernenergienutzung fest und entwickelt gleichzeitig eine Politik, die es praktisch möglich macht, ohne Kernenergie auskommen zu können.
- o Vordringlich ist eine sorgfältige Überprüfung der Sicherheitsrisiken beim Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke, wobei die Erkenntnisse aus dem Reaktorunfall in Harrisburg vorbehaltlos auszuwerten sind. Schutz und Sicherheit der Bevölkerung haben dabei Vorrang vor energiewirtschaftlichen Interessen.
- o Beim gegenwärtigen Stand der Sicherheits- und Entsorgungsfrage kann in Baden-Württemberg bis 1984 keine neue Baugenehmigung für ein Kernkraftwerk erteilt werden.
- o Sollte das im Bau befindliche Kernkraftwerk Philippsburg II noch bis 1984 fertiggestellt sein, so kann es in Betrieb gehen, wenn eine Entsorgung sichergestellt ist.
- o In Wyhl ist durch Missgriffe der Landesregierung in der Bevölkerung soviel Vertrauen zerstört worden, dass dort kein Kernkraftwerk mehr gebaut werden kann.